

Wie Kriminalisierung und Vorurteile die HIV-Prävention untergraben

HIV und AIDS 23/02/2024 • Kerry Cullinan



Südafrikaner protestieren in Pretoria gegen das ugandische Anti-Homosexualitätsgesetz, kurz bevor es 2023 in Kraft treten soll.

Im Januar wurde der ugandische LGBTQ-Aktivist Steven Kabuye am Stadtrand von Kampala, der Hauptstadt des Landes, von zwei Motorradfahrern mit mehreren Messerstichen niedergestochen. Der 25-Jährige, der mehrere Morddrohungen erhalten hatte, nachdem das ugandische Parlament im Mai letzten Jahres das Anti-Homosexualitätsgesetz verabschiedet hatte, das LGBTQ-Personen kriminalisiert, sagte, dass die Angreifer keine Anstalten machten, ihn auszurauben, sondern die Absicht hatten, ihm in den Hals zu stechen.

Ugandas neues Gesetz ist eines von mehreren weltweiten Beispielen für die zunehmende Unterdrückung sexueller Minderheiten. Zuvor hatte Indonesien außerehelichen Sex verboten und damit auch gleichgeschlechtliche sexuelle Beziehungen kriminalisiert. Letztes Jahr verbot Russland die "internationale LGBT-Bewegung", und einige US-Bundesstaaten haben Gesetze gegen Transgender eingeführt.

In einer Vielzahl von Ländern wird es Frauen und Mädchen erschwert, als eigenständige Bürgerinnen und Bürger unabhängig von männlichen Verwandten am Alltagsleben teilzunehmen. Viele lassen keine Strategien zur Schadensbegrenzung für Menschen zu, die Drogen injizieren, bspw. indem sie ihnen weniger schädliche Ersatzstoffe anbieten. Zahlreiche andere Länder erschweren es zivilgesellschaftlichen Organisationen, ausländische Zuschüsse zu erhalten.

Internationale Allianz der Konservativen schließt sich zusammen, um Rechte zurückzudrängen



Führende Vertreter der konservativen christlichen US-Gruppe Family Watch International treffen sich im April 2023 mit der First Lady Ugandas und anderen Regierungsvertretern, um die Verabschiedung eines neuen ugandischen Anti-Homosexualitätsgesetzes zu fördern.

Auf internationaler Ebene schließt sich eine Allianz sozial und religiös konservativer Länder zusammen, um eine Reihe von sexuellen und reproduktiven Rechten zurückzudrängen, die bereits in internationalen Abkommen und auf internationalen Treffen erreicht wurden - mit Ländern wie Russland, Iran, Syrien und Nigeria als Anführern.

Auf der jüngsten Sitzung des Exekutivrats der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erhob Russland beispielsweise Einspruch gegen einen Verweis auf die "LGBTIQ+-Gemeinschaft der WHO" in einem Routinebericht der WHO-Generaldirektorin an die Internationale Kommission für den öffentlichen Dienst, in dem es um Fragen wie die Beziehungen zwischen der WHO-Verwaltung und den Mitarbeitern sowie um Gehalts- und Sozialleistungen geht.

ENABLING WORKING ENVIRONMENT

Human resources agenda for diversity, equity and inclusion for the workforce

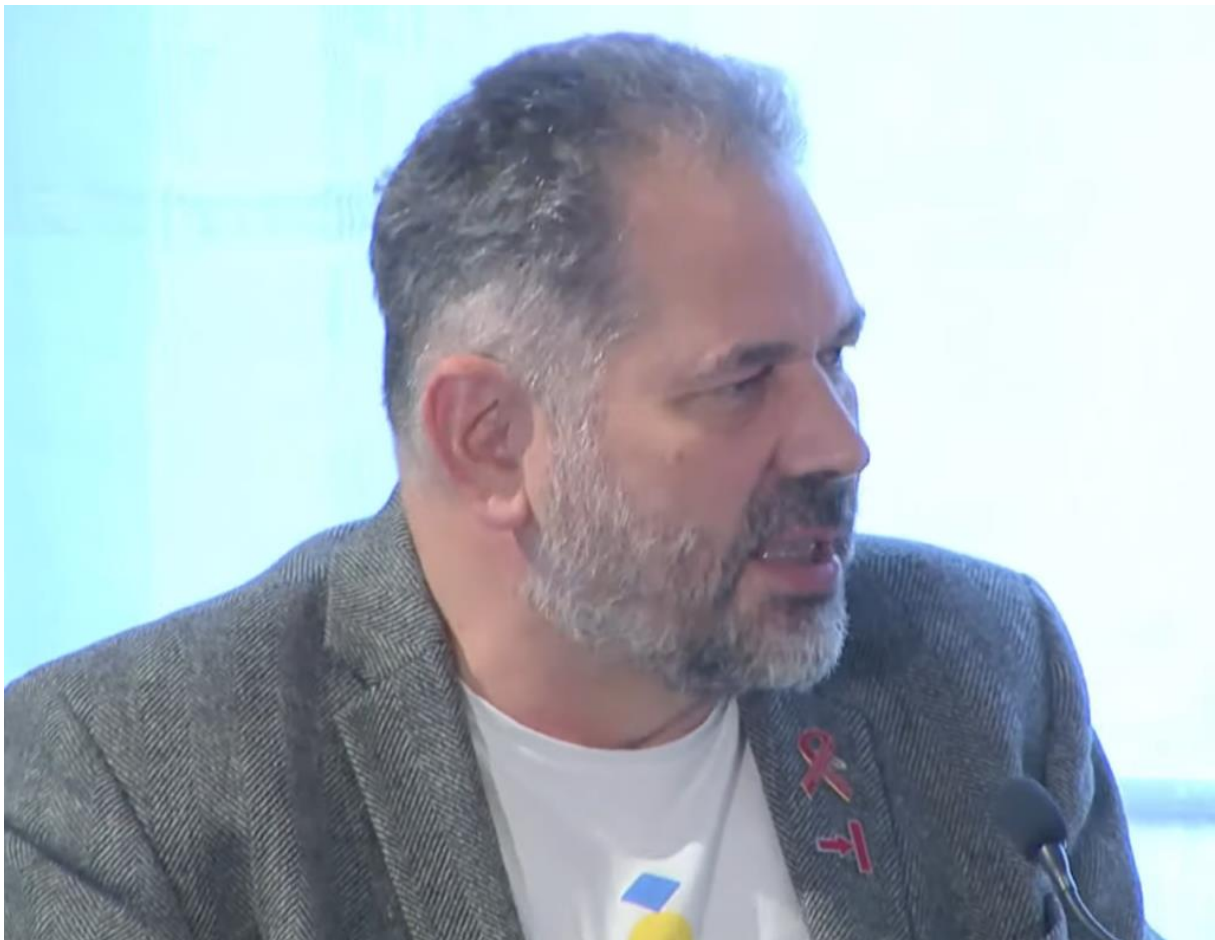
47. In addition to the launch of the newly developed WHO Gender Parity Policy described in paragraph 5 of this report, the human resources agenda for diversity, equity and inclusion for the workforce also provides for inclusive employment measures for people with disabilities. Newly-introduced reasonable accommodation services assist employees and job applicants with disabilities to access requested resources. The first formal selection of UN-GLOBE coordinators resulted in the selection of six UN-GLOBE coordinators for the benefit of the WHO LGBTIQ+ community. In addition to those efforts, the Organization-wide culture survey and exit survey templates were updated to reflect the human resources agenda for diversity, equity and inclusion and a process was launched to select a service provider to administer regular Organization-wide surveys.

Ein Verweis auf die LGBTIQ+-Community in einem routinemäßigen Bericht des öffentlichen Dienstes der WHO hat den Zorn einiger konservativer Mitgliedstaaten auf der Tagung des WHO-Exekutivrats im Januar 2024 auf sich gezogen. Russland bezeichnete die Formulierung als "Terminologie, die Konzepte verbreitet, die nicht von allen anerkannt werden und die den Werten und religiösen Überzeugungen einer ganzen Reihe von Ländern widersprechen". Unterstützt wurde Russland von einem Block afrikanischer Mitgliedstaaten und von Syrien, das im Namen der WHO-Region Östliches Mittelmeer sprach. Nachdem fast drei Dutzend weitere Länder, darunter die USA, Kanada, Europa und eine Reihe lateinamerikanischer Länder, ihre Unterstützung für das Engagement der Generaldirektorin für die Gleichberechtigung der Vielfalt und die Gleichstellung der Geschlechter in der Belegschaft zum Ausdruck gebracht hatten, kam das Executive Board Meeting der WHO überein, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen, und zwar zusammen mit den Meinungsverschiedenheiten, die im gesamten Vorstand bestehen".

Ebenfalls auf dem Executive Board Meeting der WHO wurden sechs weitere Entwürfe für Beschlüsse und Resolutionen der Weltgesundheitsversammlung, die einer Vorprüfung unterzogen wurden, von einer Gruppe von Mitgliedstaaten "wegen der Formulierung zur Gleichstellung der Geschlechter" angefochten - in erster Linie wegen der Einwände gegen "geschlechtergerechte" Gesundheitssysteme, wie Women in Global Health ebenfalls feststellte.

Diese konzertierten Angriffe auf LGBTQ-Personen, Frauen und Mädchen und andere Gruppen, die als Schlüsselgruppen mit erhöhtem HIV-Risiko bezeichnet werden (Sexarbeiter und Menschen, die Drogen injizieren), haben es den HIV-Befürwortern schwerer gemacht, die Menschen zu erreichen, die am meisten von einer HIV-Infektion bedroht sind, sagen Experten und Befürworter der sexuellen und reproduktiven Gesundheit.

Der Krieg zwischen Ideologie und Wissenschaft



Andriy Klepikov, Alliance for Public Health, Ukraine

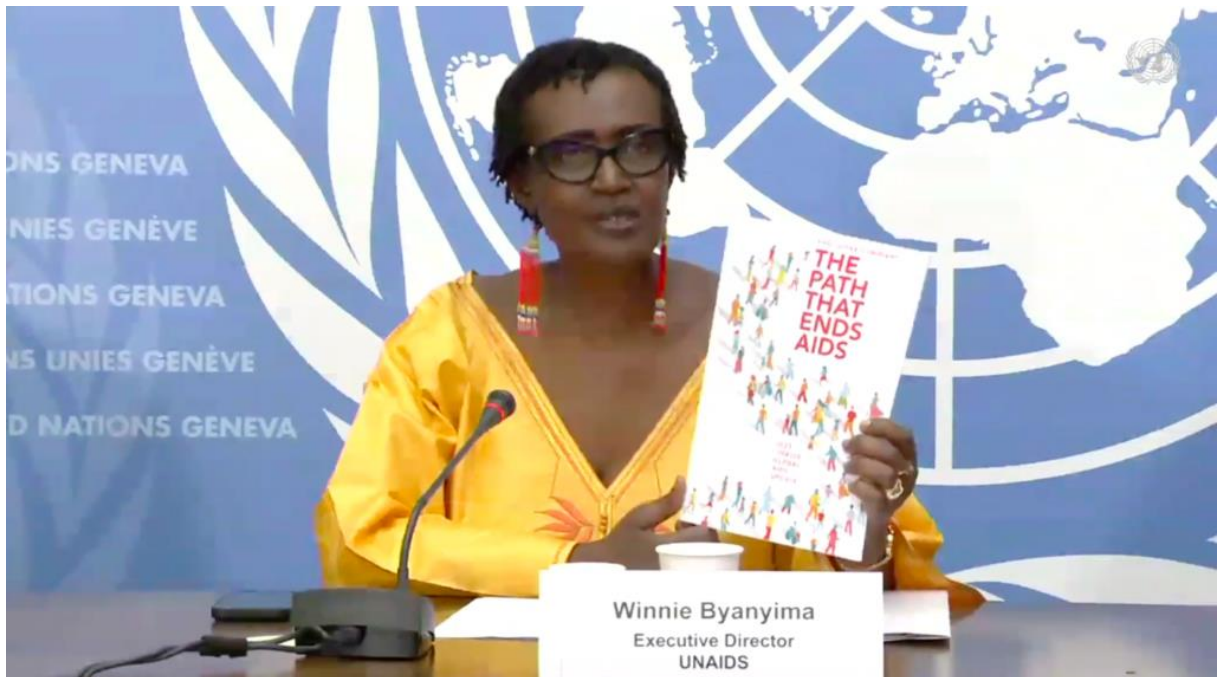
"Es ist ein Krieg zwischen Ideologie, Vorurteilen und Stereotypen auf der einen und evidenzbasierter Wissenschaft auf der anderen Seite", sagte Andriy Klepikov, Geschäftsführer der Alliance for Public Health, einer der größten HIV- und Tuberkulose-NGOs in der Ukraine und Osteuropa.

"Länder wie Russland vernachlässigen alle Beweise, die zeigen, dass die HIV-Epidemie infolge von Strafgesetzen und repressiven Maßnahmen ansteigt", fügte er hinzu. Er sprach auf einer Veranstaltung des World Health Summit zum Thema Beendigung der AIDS-Epidemie im Lichte des zurückgehenden zivilgesellschaftlichen Raums im Oktober 2023.

"Wir haben sogar UNAIDS-Daten, die zeigen, wie gefährdet Menschen sind, die Drogen konsumieren, Männer, die Sex mit Männern haben, Sexarbeiter und Transgender."

UNAIDS

Laut der globalen Zusammenfassung von UNAIDS 2023 entfiel fast ein Viertel der HIV-Neuinfektionen (23 %) auf Asien und den Pazifik, wo "die Zahl der HIV-Neuinfektionen in einigen Ländern alarmierend ansteigt."



Winnie Byanyima, Exekutivdirektorin von UNAIDS, bei der Vorstellung des Aktualisierungsberichts 2023 - Global AIDS im Juli 2023.

"Die Zahl der HIV-Neuinfektionen ist seit 2010 in Osteuropa und Zentralasien (Anstieg um 49 %) sowie im Nahen Osten und Nordafrika (Anstieg um 61 %) weiter stark gestiegen. Diese Trends sind in erster Linie auf einen Mangel an Präventionsdiensten für Menschen aus Rand- und Schlüsselgruppen sowie auf die Hindernisse zurückzuführen, die durch Strafgesetze, Gewalt und soziale Stigmatisierung und Diskriminierung entstehen", so UNAIDS.

"Die überwiegende Mehrheit der Länder (145) kriminalisiert immer noch den Konsum oder Besitz geringer Mengen von Drogen; 168 Länder kriminalisieren unterschiedliche Aspekte der Sexarbeit; 67 Länder kriminalisieren einvernehmlichen gleichgeschlechtlichen Verkehr; 20 Länder kriminalisieren Transgender-Personen; und 143 Länder kriminalisieren oder verfolgen auf andere Weise die HIV-Exposition, das Verschweigen oder die Übertragung von HIV."

Globaler Fonds stellt 'zunehmend feindselige Gesetze' fest

Der jüngste Bericht des Technical Review Panel des Globalen Fonds, der im Oktober 2023 veröffentlicht wurde, stellt "zunehmend feindselige Gesetze, Strategien und Praktiken in mehreren Ländern" fest.

"Dazu gehören neue oder verstärkte Durchsetzung von Gesetzen, die gleichgeschlechtliche sexuelle Beziehungen kriminalisieren, ein hohes Maß an Stigmatisierung, Hindernisse für die Registrierung von Organisationen und die Anerkennung schädlicher Normen durch Antragsteller, die die zerbrechlichen Errungenschaften der letzten Jahre stark gefährden."

Zweiundzwanzig Länder, in denen der Globale Fonds Programme unterstützt, werden von den CIVICUS 2023 National Civic Space Ratings als "geschlossen" eingestuft.

Diese Länder befinden sich hauptsächlich im Nahen Osten, in Nordafrika sowie in Zentral- und Südasien, wo die Unterdrückung extrem ist und jede Kritik am Staat mit harten Strafen geahndet wird.

"Weitere 42 werden als unterdrückt eingestuft, vor allem in Afrika, Asien und Mittelamerika, und 32 werden als behindert eingestuft, vor allem in Afrika und Asien.

Manche wollen Schlüsselgruppen "auslöschen"

NGOs, die das Vertrauen gefährdeter Personen und Gruppen genießen, sind traditionell am erfolgreichsten, wenn es darum geht, marginalisierte Gruppen und Einzelpersonen in Bestrebungen der HIV-Prävention, -Diagnose und -Behandlung einzubeziehen, und zwar durch vorurteilsfreie Fürsprache und eine offene, wissenschaftlich fundierte Sprache.

"AIDS war in den Köpfen der Menschen immer mit einem „schmutzigen“ Lebensstil assoziiert, erklärte Peter Wiessner vom Aktionsbündnis gegen AIDS, der ebenfalls auf dem World Health Summit sprach.

"Um HIV-Übertragungen zu verhindern, hielten wir es für notwendig, über die Übertragungswege zu informieren. So gab es plötzlich Diskussionen über Analverkehr, Oralverkehr und all das", fügte er hinzu.

"Glücklicherweise hat unsere Regierung verstanden, dass Beamte weder die dazu notwendige Sprachkompetenz haben, noch das nötige Wissen mitbringen. Sie wissen nicht, wie von HIV bedrohte Communities leben. Also haben sie die Communities eingeladen und ihnen die Möglichkeit gegeben, Programme zu entwickeln und diese zu finanzieren."

Wiessner fügt jedoch hinzu, dass Länder wie der Iran, Russland und einige Golfstaaten die Schlüsselbevölkerungen "auslöschen" und ihre Anerkennung in internationalen Gesundheitsforen auf eine Weise bekämpfen wollen, die die auf Konsens basierenden politischen und strategischen Vereinbarungen manchmal "fast bedeutungslos" macht.

"Die Erklärung des hochrangigen UN-Treffens zu UHC (universelle Gesundheitsversorgung) erwähnt nicht einmal die Schlüsselgruppen, die im Kampf gegen HIV so wichtig sind, wie schwule Männer, Drogenkonsumenten und Sexarbeiter. Sie werden nicht erwähnt, weil einige der Regierungen nicht wollen, dass diese Gruppen existieren", fügte Wiessner hinzu.

HIV-Infektionen nehmen in Osteuropa und Zentralasien am schnellsten zu

Osteuropa und Zentralasien haben die am schnellsten wachsende HIV-Epidemie der Welt zu verzeichnen, mit einem Anstieg der Neuinfektionen um fast 50 % seit 2010.

Die HIV-Prävalenz liegt bei Erwachsenen (15-49 Jahre) bei 1,2 %, bei Menschen, die Drogen injizieren, jedoch bei 7,2 %, was eine wichtige Triebkraft für die Infektion darstellt. Aufgrund des Mangels an Daten aus Russland ist es jedoch schwierig, eindeutige Schlussfolgerungen zu ziehen.

"Russland hat alle evidenzbasierten Maßnahmen vernachlässigt, z. B. die Opiatbehandlung auf Methadonbasis als Teil eines Schadensbegrenzungsprogramms für

Drogenkonsumenten", so Klepikov. "Im August letzten Jahres stimmte das Parlament für das Verbot von trans*-Personen."



Maximina Jokonya, Y+ Global

Maximina Jokonya, eine Leiterin von Y+ Global, dem globalen Netzwerk junger Menschen mit HIV, warnt: "Wir haben nicht darauf geachtet, was sich im Untergrund in Gruppen, die sich gegen Menschenrechte richten (Anti Rights Movement) zusammenbraut."

In ganz Afrika südlich der Sahara sind Schlüsselgruppen durch Gesetze und Kriminalisierung zum Sündenbock geworden, warnt der in Südafrika lebende Jokonya.

"Sie ist eingebettet in Fragen der Kultur, der Religion und der traditionellen Normen, wobei die Kehrseite der Medaille der Zwang zu Geschlechterrollen und sozialen Normen ist."

Das Anti Rights Movement sei finanziell gut ausgestattet, fügt Jokonya hinzu, was es ihnen ermögliche, "Gesetze und Politiker zu beeinflussen", sagt sie.

Zurückgehende Räume zivilgesellschaftlichen Engagements – ein globales Phänomen



Stellvertretende UNAIDS-Direktorin Christine Stegling

Und während Ugandas Anti-Homosexualitätsgesetz zu einer Art Aushängeschild für zurückgehende Räume für zivilgesellschaftliches Engagement geworden ist, geschieht dies in geringerem Ausmaß überall auf der Welt, warnte die stellvertretende UNAIDS-Exekutivdirektorin Christine Stegling.

Oft werden diskriminierende Gesetze nur aufgehoben, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen verklagt werden, wie etwa bei der Aufhebung der Anti-LGBTQ-Gesetze in Botswana. Darüber hinaus ist es vielen Nichtregierungsorganisationen untersagt, "Geld von außen anzunehmen", oder sie müssen sich als "ausländische Agenten" registrieren lassen, wenn sie dies doch tun, und "das sind Wege, das zivilgesellschaftliche Engagement zu unterdrücken", so Stegling weiter.

Die HIV-Prävention hat gezeigt, dass die Communities in der Lage sind, Infektionen zu bekämpfen und die Entwicklung und die Menschenrechte voranzutreiben, und dies ist eine wichtige Lehre für neue Pandemien, so Stegling abschließend.

Anmerkung der Redaktion: Stegling, Jokonya und Wiessner sprachen auch auf einem Panel des World Health Summit in Berlin zum Thema "Ending the AIDS Epidemic in Light of the shrinking Civic space".

Anmerkung: Der Text wurde aus dem Englischen ins Deutsche übertragen von Sophie Meier, Aktionsbündnis gegen AIDS.

Fotos: [Alisdare Hickson/Flickr](#), [WHO/EB 154](#), [Lydia Gall/ Human Rights Watch](#).